



Für eine solide AHV

Ist die AHV 21 ein fauler Kompromiss, der auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird, oder ein notwendiger Schritt, um die 1. Säule unserer Altersvorsorge abzusichern? Die Delegierten der EVP Schweiz sind von Letzterem überzeugt und haben die Reformvorlage klar und deutlich angenommen.

Seit 25 Jahren werden Reformen in der AHV blockiert. Das Ironische dabei ist, dass der Reformbedarf weitgehend unbestritten ist. Bereits 2023 dürfte die Zahl der Personen, die sich pensionieren lassen, erstmals in der Schweizer Geschichte die Zahl der 20-25-Jährigen übertreffen, die in den Arbeitsmarkt eintreten. Das ist bedenklich, weil die AHV durch die Abgaben der Erwerbstätigen finanziert wird. Darum müssen rechtzeitig Massnahmen ergriffen werden, um die AHV langfristig zu sichern.

An der Vorlage wird jedoch kritisiert, sie trage diese Reform auf dem Buckel der Frauen aus. Frauenrenten seien in der Schweiz durchschnittlich 37 Prozent tiefer als bei Männern. Und nun sollte das Rentenalter demjenigen von Männern angeglichen werden? Dieses Argument vergleicht Äpfel mit Birnen. Besagter Unterschied entfällt nämlich auf die BVG (2. Säule: 60 %) und die 3. Säule (54%). Es braucht deswegen dringend auch Reformen in diesen Bereichen. Hier geht es aber um die AHV, wo der Unterschied mit 3 % marginal ist. An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass Männer 66 % der Beiträge in die AHV einzahlen, während Frauen 55 % der AHV-Renten beziehen. Für einen fairen Kompromiss sorgen die Massnahmen, mit denen die Anpassung des Rentenalters abgedeckt wird. Frauen der ersten neun betroffenen Jahrgänge werden mit Rentenzuschlägen von bis zu 13 % entschädigt.

Die AHV wird zudem einer weiteren Modernisierung unterzogen: Das starre Rentenalter wird durch ein Referenzalter ersetzt, sodass man flexibel zwischen 63 und 70 Jahren in die Pension kann. Das heisst, wer länger arbeiten kann und möchte, profitiert auch von höheren AHV-Renten. Weiter wird auch bei der **Hilflosenentschädigung** angesetzt: Wer im Alter auf eine solche angewiesen ist, kann sie bereits nach sechs Monaten beantragen, statt wie bisher erst nach deren zwölf.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer war mir zunächst ein Dorn im Auge, doch bei genauerem Nachdenken scheint sie mir sozialverträglich zu sein: Die reduzierten Sätze werden nur um 0,1 Prozentpunkte angehoben. Zudem: Wer sich mehr Konsum leisten kann, bezahlt somit auch mehr ein.

Perfekt ist die Vorlage nicht, sie ist ein Kompromiss – wie so oft in der Politik. Aber sie ist ein gangbarer und rücksichtsvoller Weg und ein wichtiger Schritt in einem Bereich, der schon seit Jahren endlich eine Reform braucht! Darum werde ich bei beiden Vorlagen JA stimmen – die Reform tritt nur in Kraft, wenn beide Vorlagen angenommen werden.



Timon Hofmänner
Sekretär
EVP Kt. St.Gallen

Quellen: AHV-Statistik 2021 / parlament.ch / Vorsorgestudie 2020 (credit-suisse.com)

PAROLEN

national

Massentierhaltungsinitiative
(grossmehrheitlich) Ja

Erhöhung der Mehrwertsteuer
(einstimmig) Ja

AHV 21
(einstimmig) Ja

Verrechnungssteuer-Gesetz
(einstimmig) Nein

kantonal

Sonderkredit Areal Wil West
(einstimmig) Ja



2x JA zur AHV 21

**Gemeinsam sichern
wir unsere AHV**

IMPRESSUM

Herausgeber:
EVP Kanton St. Gallen
www.evp-sg.ch

Kontakt: Timon Hofmänner,
sekretariat@evp-sg.ch

IBAN: CH09 0078 1035 5341 6601 8

Druck: Jordi AG, Belp

VERABSCHIEDUNG ROMAN RUTZ

Timon Hofmänner
Kantonalsekretär

Anlässlich der Vorstandssitzung vom 13. Juni 2022 bei einem gemeinsamen Essen wurde Roman Rutz herzlich aus dem Vorstand der EVP Kanton St.Gallen verabschiedet. Seit rund 20 Jahren ist Roman schon Mitglied der EVP und seine vielfältigen Aufgaben und Verantwortungsbereiche, die er über die Jahre hinweg wahrgenommen hat, haben gar keinen Platz in dieser Kommentarspalte. Einige seien dennoch genannt: Seit 2010 war Roman sowohl Mitglied des Stadtparlaments Wil als auch Präsident der dortigen EVP-Kreispartei. 2019 wurde Roman zum Generalsekretär der EVP Schweiz gewählt und übergab das Kreispräsidium an Thierry Thurnheer. Als er 2021 mit seiner Frau nach Bern zog, übergab er sein Amt als Stadtparlamentarier seinem Nachfolger Alexander Lyner (siehe Interview auf Seite 4).

Doch nicht nur seine Vielseitigkeit ist erwähnenswert. Was mich persönlich am meisten beeindruckt, ist Roman als Mensch. Mit seiner bescheidenen, besonnenen und umsichtigen Art und Weise ist er eine grossartige Bereicherung in jeder Hinsicht – egal, ob als Mitstreiter in politischer Angelegenheit oder beim gemütlichen Zusammensitzen bei einem Glas Wein.

Lieber Roman, wir vermissen dich jetzt schon! Wir freuen uns aber auch, dass du als Generalsekretär einen unglaublich wertvollen Dienst für die ganze EVP leistest und sind stolz darauf, dich kennen zu dürfen. Alles nur erdenklich Gute und Gottes reichen Segen auf deinem weiteren Weg.

PS: Wir erwarten dich zurück.



Bild: Kantonpräsident Daniel Bertoldo überreicht Roman Rutz zur Verabschiedung ein Präsent.

Nein zur Abschaffung der Verrechnungssteuer

Die EVP-Delegierten fassten an ihrer Versammlung vom 25. Juni mit deutlicher Mehrheit die Nein-Parole.

Der Bund erhebt auf Einkommen aus Zinsen eine Verrechnungssteuer von 35 Prozent. In der Schweiz wohnende Privatpersonen können diese zurückfordern, wenn sie die Zinsen in der Steuererklärung angeben. Auf Zinsen aus Obligationen fällt die Verrechnungssteuer nur an, wenn die Obligationen in der Schweiz ausgegeben wurden. Dies ist ein Nachteil für die Schweizer Wirtschaft. Um Geld aufzunehmen, geben viele Unternehmen ihre Obligationen deshalb in Ländern aus, in denen keine Verrechnungssteuer erhoben wird.

Weiter fällt mit der Vorlage auch die Umsatzabgabe für inländische Obligationen und weitere Wertpapiere weg. Diese muss heute beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren bezahlt werden. Folgendes spricht aus Sicht der EVP gegen die Vorlage:

1) Die Steuerausfälle betragen pro Jahr mehrere hundert Millionen Franken. Sie dürften mit steigender Inflation

noch höher ausfallen. Dabei müsste der Bund zuerst endlich die Heiratsstrafe bei Steuern und AHV abschaffen, die aus Kostengründen immer wieder verschoben wird.

2) Diese Sicherungssteuer dämmt Steuerhinterziehung ein. Wird sie ohne alternative Massnahmen abgeschafft, kann dies in- und ausländische Steuerkriminalität fördern.

3) Während die fehlenden Steuern in die Taschen von Steuerkriminellen aus dem In- und Ausland fließen, bezahlen es die ehrlichen Steuerzahlenden: Die Ausfälle müssen kompensiert werden durch höhere Steuern, Gebühren oder Leistungsabbau und treffen einmal mehr die Mittelschicht, die nichts von der Vorlage hat.



Daniel Bertoldo
Präsident
EVP Kt. St.Gallen

Ja zum Sonderkredit für das Areal Wil West

Das Besondere an dieser Vorlage des Kantons St.Gallen ist, dass es sich um ein Projekt vorwiegend auf dem Land des Kantons Thurgau handelt, allerdings vor den Toren von Wil SG. Der Kanton St. Gallen ist trotzdem involviert, da er einerseits Besitzer von 12,4 ha auf diesem Thurgauer Gelände ist und andererseits durch das Projekt von Verkehrsproblemen in der Stadt Wil entlastet wird. Die Darstellung auf S. 6-7 im kantonalen Abstimmungsbüchlein liefert einen Überblick:

Bei diesem Projekt an bester Lage geht es darum, für die Zukunft die Grundlage für die wirtschaftliche Weiterentwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Raum Wil zu legen. Dieses Areal hat ein gutes Standortentwicklungspotential. Neben wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten sind auch die positiven Effekte wie die Verkehrsentlastung der Stadt Wil

sowie in der Nachhaltigkeit zu erwarten. Insgesamt erwarten wir vom Gesamtvorhaben einen langfristigen, volkswirtschaftlichen Mehrwert. Speziell an dieser Investition ist auch, dass der Kanton St.Gallen zukünftig durch Baulandverkauf oder Vergabe im Baurecht wiederum Einnahmen erwartet, welche die heutigen Investitionen von 35 Mio. Fr. übertreffen werden.

Der Kantonsrat hat dieser Vorlage grossmehrheitlich mit 80:27 Stimmen zugestimmt, auch mit Unterstützung der beiden EVP-Vertreter. Aufgrund der Investitionssumme unterliegt sie dem obligatorischen Referendum.



Hans Oppliger
Kantonsrat
EVP Werdenberg

Fokus: Menschenhandel

„Ich war ihnen hoffnungslos ausgeliefert“, sagt Dara. Sie ist ein Opfer von Menschenhandel. Menschenhandel ist weiter verbreitet, als man denkt, und gemäss UNODC sind 65 % Frauen und Mädchen betroffen.

Wer glaubt, dass in der Schweiz Menschenhandel nicht existiert, liegt falsch. Die Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) mit Sitz in Zürich betreute in den letzten Jahren immer mehr Opfer von Menschenhandel, 2020 allein waren es 303. Die Dunkelziffer ist laut Einschätzung von Experten hoch, denn die Opfererkennung erfordert viel Fachkenntnis und jahrelange Erfahrung.

Bei der Ausbeutung von Arbeitskräften denken viele an das Sexgewerbe. Sie kommt jedoch auch in Branchen wie etwa Bau, Gastronomie, Landwirtschaft, Haushaltshilfen und Kosmetik vor. Während die Tätergruppen sehr gut organisiert sind, fehlen Behörden oft die Ressourcen zum effektiven Handeln. Im Kanton St.Gallen hat die Kantonspolizei lediglich einige Teilzeitstellen, die sich mit der Verbrechensbekämpfung im Bereich des Menschenhandels beschäftigen!

Angesichts der unhaltbaren Situation haben sich zehn Organisationen, unter ihnen auch die EVP, entschlossen, eine breit angelegte Kampagne für den Kampf gegen den Menschenhandel durchzuführen. Ziel ist es, Schweizerinnen und Schweizer über die Lage zu informieren, sie für die Problematik zu sensibilisieren und aufzuzeigen, wie sie sich im Kampf gegen den Menschenhandel engagieren können. Auch wir können ein Zeichen setzen.

Am Samstag, 24. September 2022, findet diesbezüglich eine öffentliche Grosskundgebung auf dem Bundesplatz in Bern statt.



Jascha Müller
Kantonrat
EVP St.Gallen

Ja zum Verbot von Massentierhaltung

Keine Massentierhaltung mehr in der Schweiz und kein Import von Fleisch aus Massentierhaltung. Umsetzungszeit: 25 Jahre.

Die EVP Schweiz hat die Stimmfreigabe beschlossen, die Kantonalpartei St.Gallen sagt ja. In der Schweiz gibt es wenige bis keine Massentierhaltung, das heisst, für die Schweizer Bauern wird sich folglich nicht viel ändern. Es ist die Spanne von 25 Jahren angesetzt, also eine Generation lang haben die, welche davon leben, Zeit, sich ein anderes Standbein aufzubauen.

Das Fleisch wird teurer werden. Hier können wir einen wichtigen Schritt für unser Klima tun. Teureres Fleisch wird automatisch bedeuten, dass wir weniger Fleisch konsumieren können oder wollen. Unsere Werte von Nachhaltigkeit und der respektvolle Umgang mit Gottes Schöpfung werden mit dieser Initiative unterstützt.

Ich lese die Geschichte von Jona in der Bibel: Jona ist wütend auf Gott, da er über die Menschen von Ninive gnädig

war. „Mit recht bin ich wütend“, sagt Jona und Gott antwortet: „In Ninive hat es 120 000 Menschen und viel Vieh, das ich erschaffen habe, sollte ich da nicht gnädig sein?“

Dass Gott hier so liebevoll auch vom Vieh spricht, zeigt mir, dass es richtig ist, dem Leben eines Tieres Wert zu geben. Die Tiere können sich gegen den Menschen nicht wehren, darum sollen wir es für sie tun. Massentierhaltung ist grausam, wenn du dich noch nie damit beschäftigt hast, dann tue es heute. Es gibt dazu genügend Kurzfilme im Internet. Dazu sagen wir <<STOPP>> und darum Ja zur Initiative!



Ursi Schweizer
Präsidentin
EVP Werdenberg

GROSSKUNDGEBUNG MENSCHENHANDEL

Sei mit dabei und setze ein Zeichen! Mit dieser Kampagne geben wir denjenigen Menschen eine Stimme, die sonst keine haben – für mehr Gerechtigkeit und Menschenwürde!



**MEHR
INFOS**
➔



UMSTELLUNG AUF QR-IBAN

Nach zwei Jahren Vorlaufzeit wird der QR-Einzahlungsschein nun zum alleinigen Standard im Zahlungsverkehr. Das heisst, dass ab 1. Oktober 2022 sämtliche Zahlungen, die auf einem orangen oder roten Einzahlungsschein basieren, nicht mehr ausgeführt werden. Das gilt auch für Daueraufträge.

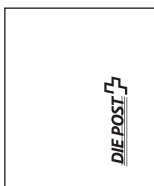
Wir bitten Sie darum, für künftige Spenden ausschliesslich die folgende Bankverbindung oder untenstehenden QR-Code zu nutzen:

IBAN: CH09 0078 1035 5341 6601 8

Zu Gunsten von:

EVP Kanton St.Gallen, 9630 Wattwil





Interview mit Alexander Lyner



Jahrgang: 1966

Beruf: med. Laborant, IT-Projektleiter, Business Analyst und Prozessmanager

Familie: seit 27 Jahren verheiratet, zwei Töchter

Hobbys: Kochen, Spielen, Wandern, Helfen

Lieber Alexander, du bist seit September 2021 im Wiler Stadtparlament und hast dort die Nachfolge von Roman Rutz angetreten. Wie hast du die erste Zeit dort erlebt?

Es ist überraschend spannend. Ich dachte, ich kenne meine Stadt ziemlich gut, aber mit jeder Kommissions-, Fraktions- oder Parlamentssitzung lerne ich neue Facetten der Stadt kennen. Apropos Fraktion: Die Mitte hat mich gut aufgenommen und ich schätze die Zusammenarbeit mit den ehemaligen CVP'lern. Überhaupt ist der Austausch unter den Parlamentariern sehr angenehm, egal welcher Couleur. Verbitterte Grabenkämpfe ausserhalb des Parlamentes habe ich noch keine erlebt.

Was ist die Motivation für dein politisches Engagement?

Die Stadt Wil hat mir viel gegeben. Mein Engagement für die Stadt oder in der Landeskirche gibt mir die Möglichkeit, wieder etwas zurückzugeben.

Wieso engagierst du dich bei der EVP, wo es doch grössere Parteien mit mehr Gewicht gäbe?

Ehrlich gesagt bin ich zur EVP wie die Jungfrau zum Kind gekommen. Roman Rutz hat mich gefragt und ich habe nicht nein gesagt. Die EVP widerspiegelt für mich ein bisschen die internationale Schweizer Politik. Wenn es die Grossen nicht mehr richten können, dann müssen die Kleinen ran und da hat die Schweiz grosse Erfahrung. Das Gleiche wiederholt sich im Nationalrat oder den anderen Staatsebenen. Die kleinen Zahnräder im Uhrwerk sind oft die entscheidenden. Aber so klein sind wir gar nicht: Als Mitglied der Mittefraktion gehöre ich auch einem grösseren Verbund an.

Nachdem die CVP nur noch die Mitte ist, ist die EVP die letzte christliche Partei im Wiler Parlament. Haben in der heutigen Zeit christliche Parteien noch eine Existenzberechtigung?

Das kann ich mit einem politiker-typischen und bestimmten Jein beantworten. Grundsätzlich stehe ich für den Laizismus, also für die Trennung von Kirche und Staat, von dem her also eher nein. Finanzen, Sicherheit, Naturschutz und Sozialwesen sind in allen Parteien gut abgedeckt, aber wer vertritt unsere christlichen Werte? Nur noch die EVP! Wenn wir diese Werte leben, macht uns das zu hervorragenden Brückenbauern. Und das ist in Zeiten zunehmender Polarisierung Gold wert. Von dem her ist die Antwort ein unbedingtes JA! Es braucht uns. Wir können den Unterschied ausmachen.

Was sind deiner Meinung nach die grössten Herausforderungen dieser Legislaturperiode?

Unsere Bevölkerung wächst stetig, aber die Infrastruktur kommt kaum nach. Wir brauchen dringend neue Verkehrskonzepte und Schulhäuser, eine neue Abwasserreinigungsanlage und WILWEST als neues Industriegebiet. Das alles wird uns noch viel kosten – Zeit, Geld und leider auch Naturressourcen. Über diese Zielinteressenkonflikte werden wir noch viel denken und reden. Und die jeweiligen Entscheide werden sicher nicht leicht zu fällen sein.

Was würdest du Politikinteressierten empfehlen, die noch nirgends aktiv sind?

Der neue Stadtrat von Wil sucht mit Vivendo sehr aktiv den Kontakt zur Bevölkerung. Da kann man sich einbringen, ohne gleich eingespannt zu werden. Auch ein Besuch einer Parlamentssitzung kann von Interesse sein. Kaum eine Kollegin oder ein Kollege würde sich einem interessierten Fragesteller verschliessen. Ich persönlich finde es immer wieder erfrischend, welche Argumente Andersdenkende in eine Diskussion einbringen. Man muss nicht immer gleicher Meinung sein, aber zuhören und lernen hat noch nie geschadet.